

BANGLADESH

Bangladesh vor Parlamentswahlen?

- Interview mit Politikern -

Seit über 10 Jahren wird Bangladesh von einer Militärregierung beherrscht. Die Versuche von General Ershad, seiner Regierung eine zivile Fassade zu geben, haben nur vorübergehend Erfolge gezeigt. Noch in diesem oder zu Beginn des nächsten Jahres sollen erneut Parlamentswahlen stattfinden. Der Regierung wird es dann nicht mehr so leicht fallen, diese, wie beim letzten Urnengang, zu manipulieren. Anlässlich der bevorstehenden Wahlen veröffentlichen wir nachfolgend drei Interviews mit PolitikerInnen und Badruddin Umar, einem bekannten marxistischen Theoretiker Bangladeshs und Professor für Politische Wissenschaften. Er spricht anlässlich der bevorstehenden Wahlen von einem "Wendepunkt" für das Land. Sheik Hasina, die als Nachfolgerin Ershads gehandelt wird, sieht ihre Partei, die 'Awami League', schon als Gewinnerin aus diesen Wahlen hervorgehen. Mutmaßungen, daß sie als Präsidentin

INTERVIEW

Die Vorsitzende der stärksten Oppositionspartei Bangladeshs, der 'Awami League', Sheik Hasina, gilt als mögliche zukünftige Präsidentin des Landes. Sie hielt sich im Mai zu einem Besuch in der Bundesrepublik auf. Hasina ist die älteste Tochter Mujibur Rahmans, des ersten Präsidenten Bangladeshs, der als "Vater der Nation" bezeichnet wird. Rahman wurde, wie auch einige Familienmitglieder und der Großteil der Führung der Partei, am 15. August 1975 von Armeeeoffizieren ermordet. Sheik Hasina lebte damals in der Bundesrepublik und entging dadurch dem Attentat. 1981 kehrte sie nach Bangladesh zurück und ist seitdem Parteivorsitzende. Das Programm der 'Awami League' ist sozialdemokratisch orientiert. Die städtische Mittelschicht, Händler und reiche Bauern bzw. Großgrundbesitzer sind jedoch die einflußreichsten Gruppen in der Partei.

Präsident Ershad ist seit 1982 an der Macht. Aus welchen Gründen ist er länger als seine Vorgänger im Amt? Er ist noch nicht wie seine Vorgänger ermordet worden. Kein Diktator gibt seine Macht freiwillig ab, erst müssen sie dazu gezwungen werden. Seine Macht kommt aus den Gewehrläufen und nicht aus den Wahlurnen. Er und seine Vorgänger aus dem Militär haben unser Land ruiniert. Sie zerstörten unsere Demokratie. Fundamentale Rechte sind außer Kraft gesetzt worden. Die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit des Rechtssystems existieren nicht mehr.

Der Abgeordnete Solarz im Repräsentantenhaus des US Kongresses hat eine Gesetzesvorlage eingebracht, die bereits verabschiedet wurde. Die Gewährung von amerikanischer Entwicklungshilfe für Bangladesh soll zukünftig nur dann erfolgen, wenn gewisse demokratische Rechte im Land verwirklicht sind. Wie bewerten Sie

nicht akzeptiert werde, weist sie zurück. "Mein Volk akzeptiert mich". Sie verweist dabei auf den Erfolg Benazir Bhuttos in Pakistan. Kritiker ihrer Partei glauben, sie werde an den grundlegenden Problemen des Landes nichts ändern können. Trotz ihres sozialdemokratischen Anspruchs vertritt sie die Interessen der städtischen Mittel- und Oberschicht.

Ein weiteres Problem Bangladeshs, das in den Interviews angesprochen wird, sehen viele in der Verbreitung von religiösem Fanatismus, der vor allem von der 'Jamaat Islami' aufgenommen und propagiert wird. Die Partei, angeblich von Saudi Arabien, Irak und Iran finanziert, wird für zahlreiche Terroranschläge auf Mitglieder von linken und liberalen Parteien verantwortlich gemacht. Alle Interviews führte Dieter Reinhardt.

diese Initiative? Ist das eine Einmischung in die Innenpolitik?

Die moderne Welt ist international vernetzt. Unser Land hängt von anderen Ländern ab. Wir brauchen Entwicklungshilfe, wir können sie nicht ablehnen. Die Frage ist, ob sie richtig genutzt wird. Unsere Bevölkerung begrüßt jedoch die Initiative, weil dadurch die Frage demokratischer Strukturen angesprochen wird, womit wir vor allem vier Bereiche meinen: demokratische Wahlen, freie Presse, unabhängige Gerichte und ein unabhängiges Parlament.

Die Entwicklung in Bangladesh ist ein Beispiel dafür, daß Entwicklung ohne Demokratie nicht möglich ist. Seit 14 Jahren, nachdem der Vater der Nation, Sheik Mujibur Rahman, ermordet wurde und das Militär an die Macht kam, verarmt das Volk. 90 % der Bevölkerung lebt jetzt unter der Armutsgrenze, der Prozentsatz der Alphabeten ist von 26 auf 25 % gesunken, während einige wenige immer reicher werden.

Die 5-Parteien-Allianz linker Parteien, die mit ihrer Partei zusammenarbeitet, wirft ihnen und Frau Khaleda Zia, der Vorsitzenden der 'Bangladesh National Party' (BNP), vor, geheime Gespräche mit der Regierung zu führen, um über die Machtverteilung nach einer eventuell noch in diesem Jahr stattfindenden Parlamentsneuwahl zu verhandeln.

Diese Parteienallianz existiert. Es ist aber schwierig für sie, auch nur 10 Personen für eine Demonstration zu mobilisieren. Sie haben prominente Führer, aber keine Massenunterstützung. Die 'Awami League' ist die eigentlich volksorientierte Partei, die von 75-80 % der Bevölkerung unterstützt wird. Ich behaupte, daß ich die Wahlen gewinnen würde. Die angesprochenen

Vorwürfe sind jedoch absurd.

Seit einem Jahr versucht die fundamentalistische 'Jamaat Islami' durch gezielte Ermordung einzelner Oppositioneller ihren Einfluß zu vergrößern. Kritiker werfen Ihrer Partei vor, sie habe zeitweise mit der 'Jamaat Islami' zusammengearbeitet.

Wir haben niemals mit dieser Partei kooperiert. Sie war ein Teil der Oppositionsbewegung. Wir haben mit der 'Bangladesh National Party' zusammengearbeitet, jetzt jedoch nicht mehr, weil sie eng mit der 'Jamaat Islami' kooperiert. Die Killergruppe, die meinen Vater ermordete, ist von Ershad rehabilitiert worden. Sie gründeten eine Partei, die 'Freedoms Party'. Meine Partei ist zum Hauptfeind der Regierung, der BNP, der 'Freedoms Party' und der 'Jamaat Islami' geworden, da wir das Volk repräsentieren.

Welche Gefahr geht denn tatsächlich von der 'Jamaat Islami' aus?

Sie hat an Unterstützung gewonnen. Solange es nicht möglich ist, die Diktatur zu stürzen, werden sie immer einflußreicher werden. Sie benutzen Waffen und planen ähnlich wie im Iran, diese gezielt einzusetzen. Die Situation ist nicht sehr erfreulich.

Inwiefern beabsichtigte die Ershad Regierung mit der Einführung des Islams als Staatsreligion im Frühjahr 1988 auch die Position der Frauen in der Oppositionsbewegung zu schwächen?

Die Regierung versucht dies. Wenn die Führer der 'Jamaat Islami' in die Dörfer gehen, beschimpfen sie unsere Partei in ungeheurer Weise. Aber dies wird keine große Wirkung zeigen. Auch in Pakistan sind die Mullahs in einer verrückten Situation. Es ist ein islamisches Land, aber eine Frau ist Premierministerin.

Vor kurzem haben zahlreiche Demonstrationen gegen das Buch von Rushdie stattgefunden. Werten Sie dies als ein Zeichen der fortschreitenden Islamisierung der Gesellschaft?

Man darf nichts schreiben, was die religiösen Gefühle verletzt. Wir haben unsere Kritik am Buch Rushdies, aber wir unterstützen nicht das Todesurteil Chomeinis.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes teilte mit, daß die Bundesregierung keinen Druck auf die Regierung Ershads ausüben wolle, um dadurch Neuwahlen zu ermöglichen.

Welchen Eindruck hatten Sie von Ihren Gesprächen in Bonn?

Wir hatten einen sehr positiven Eindruck. Es waren fruchtbare Gespräche. Wir müssen abwarten, was passiert, sind jedoch optimistisch.

Das Auswärtige Amt spricht davon, daß keine politische Verfolgung Oppositioneller stattfindet. Flüchtlinge aus Bangladesh, die versuchen, in der Bundesrepublik Asyl zu erhalten, werden deshalb abgeschoben.

Seit 1975 herrscht in Bangladesh Unterdrückung, viele Parteimitglieder befinden sich in Haft, Studentenführer schon seit 10 oder 12 Jahren, einige sind zum Tode



Khaleda Zia (links) und Sheikh Hasina (Foto: India Today)

verurteilt. Wegen dieser politischen Unterdrückung verlassen Menschen das Land. Viele können nicht mehr zurückkehren. Von unserer Partei sitzen 16, 17 und 18-jährige im Gefängnis. In zahlreichen Städten sind Studentenführer von Oppositionsparteien auch Opfer des Terrors der 'Jamaat Islami' geworden.

INTERVIEW

Hasanul Huq Inu ist Parteivorsitzender der 'Jatiya Samajtantrik Dal' (JSD/Inu). Kurz nach der Unabhängigkeit Bangladeshs 1971 spaltete sich die JSD von der 'Awami League' ab. Bis 1975 war die JSD eine der stärksten linken Oppositionsparteien, in der überwiegend frühere Freiheitskämpfer des Unabhängigkeitskrieges organisiert waren. Nachdem die JSD 1975 vergeblich versucht hatte, durch einen Putsch an die Macht zu kommen, war sie starken Repressalien der Regierung von General Zia Ur Rahman ausgesetzt. Er ließ Hunderte von Offizieren und Soldaten hinrichten, denen eine Beteiligung am Putsch vorgeworfen wurde. Seit Anfang der 80-er Jahre hat es von der JSD zahlreiche Abspaltungen gegeben. Die JSD/Inu bildet zusammen mit vier anderen linken Parteien die 'Fünf-Parteien-Allianz', die zusammen mit der bürgerlichen Opposition ein Bündnis eingegangen ist.

Präsident Ershad ist seit 1982 an der Macht. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern verfügt er scheinbar über eine stabile Machtbasis?

Ein wichtiger Grund dafür sind die Fehler der Führer der demokratischen und progressiven Linksparteien in der Opposition, die nicht schwach, jedoch zersplittert ist. Ein weiterer Grund ist die unangefochtene Rolle Ershads in der Armee. Bei General Zia Ur Rahman, seinem Vorgänger, war dies nicht der Fall. Ershads Regierung ist jedoch in der Öffentlichkeit weitmehr isoliert als vorhergehende Regierungen. Wir befürchten deswegen, daß nach dem Sturz dieser Regierung eine direkte Konfrontation zwischen Armee und Bevölkerung nicht ausgeschlossen ist. Dies hätte weitreichende politische Veränderungen zur Folge. Um die derzeitigen Spannungen zu überwinden, fordern wir Neuwahlen unter einer neutralen Regierung, deren einzige Aufgabe darin besteht, Wahlen durchzuführen und zu überwachen.

Es scheint, daß die beiden größten Oppositionsparteien, die 'Awami League' und die 'Bangladesh National Party' (BNP) auch bereit wären, unter einer amtierenden Regierung Ershad die Wahlen abhalten zu lassen? Es gibt Gespräche zwischen diesen Parteien und der Regierung, die geheim gehalten werden.

Wie beurteilen Sie die Versuche von US-Politikern, die innenpolitische Lage in Bangladesh gezielt zu beeinflussen? Es geht da vor allem um die Initiative des Abgeordneten Solarz, der ja auch vor kurzem Bangladesh besucht hat.

Der Besuch von Solarz hat zu diesem Zeitpunkt die demokratischen Kräfte gestärkt. Jeder weiß aber, daß Solarz zur demokratischen Partei zählt, er also keinen direkten Einfluß auf die US-Außenpolitik hat. In naher Zukunft wird die US-Regierung wohl keinen Druck auf Ershad ausüben. Warum sollte sie? Falls Ershad stürzt wird dies aufgrund der Aktionen der demokratischen Bewegungen im Land und nicht aufgrund internationalen Drucks passieren.

dieses Jahres und die vor kurzem abgehaltenen Wahlen an den Universitäten. Wären jetzt Wahlen, könnte aber wohl keine Partei alleine eine Regierung bilden. Wir wären ein effektiver Bündnispartner, da wir über unsere Beziehungen zu gesellschaftlichen Gruppen die für jede Regierungsbildung notwendige innenpolitische Stabilität aufrechterhalten könnten.

1987 formierte sich die 'United Front of Peasant and Landworker's Organisations', in der erstmals seit der Unabhängigkeit 1971 fast alle wichtigen Bauernorganisationen zusammengeschlossen sind. Den Anstoß hierzu gab der Versuch der Regierung, durch Einbeziehung der sogenannten nicht-Regierungsorganisationen (NRO) in die Verteilung von regierungseigenem Land an landlose Bauern und Landarbeiter die Bauernorganisationen zu schwächen. Welche Beziehungen unterhält die 5-Parteien-Allianz zur Bauernfront?

Die Parteien, die sich zur Allianz zusammenschlossen, haben jeweils Bauernorganisationen aufgebaut, die alle in dieser Front vertreten sind. Ein anderer wichtiger



Wird eine neue Regierung in der Lage sein, die riesigen Probleme der verarmten Bevölkerung zu lösen?

Wie würde sich die 5-Parteien-Allianz verhalten, falls es zu einem Stillhalteabkommen zwischen den bürgerlichen Oppositionsparteien, der 'Awami League' und der BNP, mit Ershad und zu Neuwahlen unter der jetzigen Regierung käme?

Wir haben immer wieder erklärt, daß jede Wahl unter Ershad unbefriedigend und kein Weg zur Demokratie sei. Die Allianz ist gegen jegliche Verhandlungen zwischen Regierung und den beiden bürgerlichen Parteien.

In welchem Umfang genießt die Allianz die Unterstützung der breiten Bevölkerung?

Indikatoren hierfür sind die Stadtratswahlen im Januar

Faktor in dieser Front ist der Bauernverband der Kommunistischen Partei Bangladeshs. Weder die 'Awami League' noch die BNP haben starken Einfluß in dieser Front.

Die Bauernorganisationen sind kaum in der Lage, politischen Druck auf die Regierung zu erzeugen. Die NRO's hingegen sind direkt an der Umsetzung der Agrarpolitik beteiligt.

Wir haben gegen diese Beteiligung protestiert. Die NRO's sind keine Repräsentanten der landlosen Bauern. Wir fordern deshalb, daß alle Bauernorganisationen beteiligt werden, wenn die Regierung Programme im

Agrarbereich umsetzen will. Wir haben uns jedoch mit dieser Forderung nicht durchsetzen können.

Ausländische Regierungen und auch die Weltbank gehen immer mehr dazu über, NRO's direkt finanziell zu unterstützen. Wie stehen Sie dazu?

Die Geberländer bringen damit klar ihr Mißtrauen gegenüber der Regierung zum Ausdruck. Unserer Meinung nach sollten jedoch alle Hilfsmaßnahmen über die Regierungsadministration abgewickelt werden. Große Projekte im Agrarbereich können nur über die Regierung organisiert werden. Durch die Vergabe von Geldern an die NRO's nach dem 'Gießkannenprinzip' ist es unmöglich, große Projekte durchzuführen.

Menschenrechtsorganisationen sprechen von einem Völkermord, der von der Regierung an der Stammesbevölkerung verübt werde. Über 40.000 Flüchtlinge aus den Chittagong Hill Tracts, in denen ca. eine halbe Millionen Angehörige verschiedener Stämme leben, sollen sich in den angrenzenden indischen Bundesstaaten Tripura und Mizoram aufhalten, ca. 200.000 Menschen sollen in den letzten 15 Jahren im Zuge von Kolonisationsmaßnahmen und bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen der Guerillabewegung der Stammesbevölkerung, der 'Shanti Bahini', und der Armee getötet worden sein. Vor kurzem verkündete die Regierung, daß diese Region einen 'Autonomiestatus' erhalten solle.

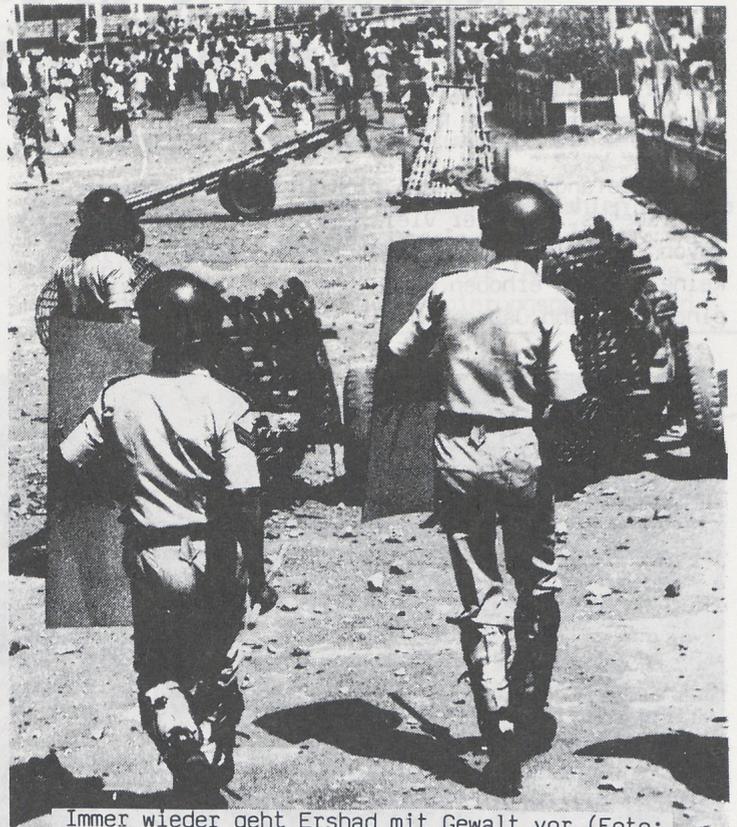
In den letzten sieben Monaten gab es Verhandlungen zwischen Regierung und 'Shanti Bahini'. Plötzlich verkündete die Regierung eine neue Regelung der Selbstverwaltung in den Chittagong Hill Tracts. Die 'Shanti Bahini' lehnen diese neue Regelung jedoch strikt ab und greifen erneut Armeestellungen in dieser Bergregion an. Die politische Situation hat sich dort erneut zugespitzt.

Die Opposition ist zur Zeit stark zersplittert. Wird dies nicht zur Stärkung der reaktionären islamischen Gruppen und Parteien führen?

Nein. Der islamische Fundamentalismus und Fanatismus befindet sich nicht generell in einem Wachstum. Die Menschen sind sehr religiös, sie haben aber zugleich eine klare Vorstellung von Sekularismus. Als Ershad durch eine Verfassungsänderung den Islam zur Staatsreligion machte, zeigte die Bevölkerung durch ihre massenhafte Beteiligung an einem Generalstreik, daß sie gegen diese Islamisierung ist. Allerdings werden fundamentalistische Kräfte seit 13 Jahren, seitdem Generäle an der Macht sind, von der Regierung unterstützt.

Unübersehbar ist jedoch ein Wachstum der islamischen 'Infrastruktur'. In den letzten Jahren sind eine Reihe von sozio-kulturellen Gruppen entstanden. Moscheen werden neu gebaut, die Anzahl von Islamschulen, von Lehrern und Schülern, wächst stetig.

Dies trifft zu. Die Ursache hierfür ist aber die direkte finanzielle Unterstützung durch Saudi Arabien. Die 'Jamaat Islami' Partei, die maßgeblich an diesen Entwicklungen beteiligt ist, wird auch durch Saudi Arabien unterstützt. Die islamischen Zentren entstehen



Immer wieder geht Ershad mit Gewalt vor (Foto: India Today)

deshalb ohne öffentliche Unterstützung, ohne eine erhöhte Spendenbereitschaft der Bevölkerung. Aus diesem Grunde sprechen wir nicht von einer 'islamischen Renaissance' und noch nicht von einem tatsächlichen Wachstum der islamischen Infrastruktur. Die Menschen besuchen aus Enttäuschung über ihre politische und soziale Situation die islamischen Heiligtümer.

Die 'Jamaat Islami' hat sich seit November 1987 an Massendemonstrationen gegen die Ershad-Regierung beteiligt. Ershad erklärt öffentlich, daß die Einführung des Islam als Staatsreligion auch dem Zweck diene, den islamischen Fundamentalismus, also hauptsächlich die 'Jamaat Islami', zurückzudrängen.

Ja, dies erklärt er öffentlich. Aber die Bevölkerung weiß, daß Regierung und Polizei offen diese Gruppen unterstützen und sie auch bewaffnen. Die Regierung ermutigt sie zu Übergriffen und Morden. In den letzten 8 Monaten sind ca. 50 Mitglieder der JSD und anderer Parteien von ihnen ermordet worden. Insgeheim unterstützt Ershad den Terror, der von ihnen ausgeübt wird. Wenn Sie den Innenminister auf die vielen Morde ansprechen, teilt er Ihnen mit, daß es bisher keine einzige Verhaftung gegeben habe. Jeder kennt jedoch die Mörder. Es waren Morde, die tagsüber begangen wurden. Die Mörder waren keine gewöhnlichen Kriminellen, sondern bekannte Führer der 'Jamaat Islami'.

In Zukunft dürften die radikalen islamischen Gruppen für die Opposition eine größere Gefahr als die Armee Ershads darstellen. Ergeben sich daraus für die Opposition nicht neue Ausgangsbedingungen?

Ja, die Gefahr besteht, weil die Armee ihnen hilft und sie bewaffnet. Aber eine Änderung unserer Strategie

halten wir derzeit für nicht notwendig. Unsere Aufgabe bleibt der Sturz der illegalen Regierung, um die Autokratie zu beseitigen. Wir suchen dafür das Bündnis mit allen demokratischen Parteien.

60.000 Gefangene befinden sich in den Gefängnissen Bangladeshs, darunter viele politische Gefangene. 50 % davon sind 'Untersuchungshäftlinge', gegen die noch keine Anklage erhoben wurde und die bereits zwischen einem und zehn Jahren im Gefängnis sitzen.

'League' und die 'Bangladesh National Party' (BNP) sich nicht in einer fundamentalen Opposition gegenüber Ershad befinden. Im wesentlichen vertreten Regierung und Oppositionsparteien die gleichen Interessen. Die beiden Parteien sind beispielsweise gegen eine wirkliche Landreform zugunsten der landlosen Bauern - genauso wie die Regierung. Weiterhin kann sich die Regierung auf die Anti-Gewerkschaftsgesetze und die sogenannten Sicherheitsgesetze stützen, um jede radikale Opposition zu ersticken. Die beiden großen Oppo-



Stammesbevölkerung (Foto: G. Löffler)

INTERVIEW:

Prof. Badruddin Umar gilt als marxistischer Theoretiker. Er ist Vorsitzender des Schriftstellerverbandes in Bangladesh, Leiter der 'Bangladesh Krishak Samity' und zählt zu den prominenten Mitgliedern der 'United Front of Peasant and Landworker's Organisations' (siehe: 'Südasiens', 5/88). Über die derzeitige Lage in Bangladesh sprach er mit Dieter Reinhardt:

Worauf führen Sie zurück, daß General Ershad länger als seine Vorgänger Mujibur Rahman und Zia Ur Rahman an der Macht ist?

Weil die größten Oppositionsparteien, die 'Awami

sitionsparteien haben jedoch diese Gesetze teilweise mitverantwortet.

In der Öffentlichkeit reden diese Parteien davon, daß sie nur im Falle eines zuvor erfolgten Rücktritts von Präsident Ershad an Wahlen teilnehmen würden. Andererseits gibt es jedoch Informationen, denen zufolge 'Awami League' und BNP Gespräche mit der Regierung führen sollen?

Ja, es gibt solche Verhandlungen. Bereits 1986 hat die 'Awami League' als einzige Oppositionspartei an Parlamentswahlen unter der Regierung Ershad teilgenommen. Jetzt wollen sie mit Hilfe der USA und des Westen Druck auf die Regierung ausüben. Die Parteivorsitzende

জাতীয় সমাজতান্ত্রিক দল-জাসদ

JATIYA SAMAJTANTRIK DAL-JSD

der 'Awami League', Sheik Hasina, hat offensichtlich keine Hoffnung mehr, Ershad durch eine Massenbewegung stürzen zu können. Sie versucht es nun mit Hilfe des Auslands.

Über welchen Einfluß verfügt Hasina in ihrer Partei?
Ihre Macht in der Partei ist unangefochten. Intern ist die Partei sehr hierarchisch aufgebaut. Sie ist in dem Sinne keine demokratische Partei.

Das Bündnis zwischen der 'Awami League' und der BNP, daß über ein Jahr bestand, scheint zerbrochen. Wie sind die beiden Parteien einzuschätzen?

Die 'Awami League' hat eine breite soziale Basis. Die Bevölkerung unterstützt diese Partei, weil sie keine andere Chance sieht, Ershad zu stürzen. Tatsächlich verfolgt aber die 'Awami League' die Interessen der Händler, die in Bangladesh zur Zeit mehr politischen Einfluß haben als Industrielle und die Banken.

Die BNP unterhält enge Kontakte zur Armee. Die Parteivorsitzende, Khaleda Zia, die Witwe des bei einem Putsch ums Leben gekommenen zweiten Präsidenten Bangladeshs, General Zia Ur Rahmans, wohnt nach wie vor in einer Armeekaserne. Es bestehen enge Kontakte zwischen der BNP und Ershad. So hat der General den Studentenverband seiner eigenen Partei aufgelöst und die Studenten aufgefordert, dem Verband der BNP beizutreten. Die BNP hat auch nichts gegen das Kriegsrecht unternommen, daß Ershad zeitweise ausgerufen hatte.

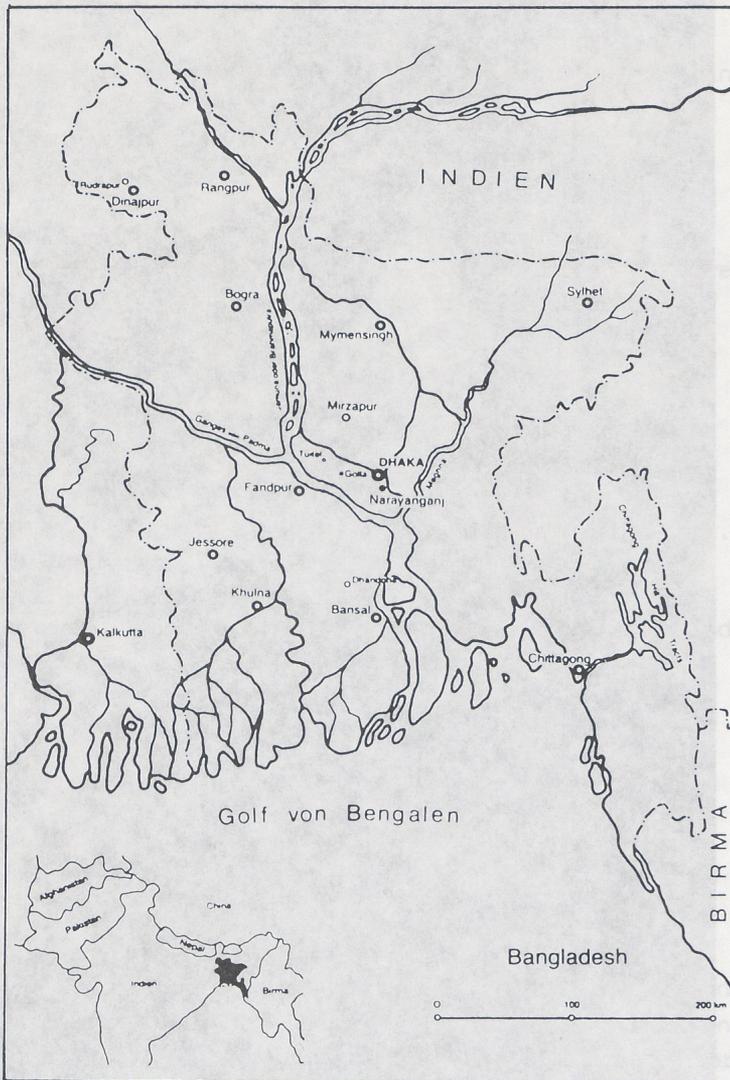
Der Einfluß der radikal-fundamentalistischen 'Jamaat Islami' scheint zuzunehmen. Über 60 Aktivisten linker Parteien und der 'Awami League' sind im letzten halben Jahr von Banden der 'Jamaat Islami' ermordet worden. Stellt diese Partei eine Gefahr für das Land dar?

Wegen einer schwachen und zersplitterten Opposition war diese Partei in der Lage, Einfluß zu gewinnen. Aber sie hat keine Chance, an die Macht zu kommen. Sie verfolgt eine reaktionäre Politik und könnte nichts für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung tun. Die 'Awami League' und die BNP haben im Grunde die 'Jamaat Islami' aufgebaut, indem sie sie in die Oppositionsbewegung gegen Ershad aufgenommen hatten. Zugleich unterstützt Ershad die 'Jamaat Islami',

da sie gegen die 'Awami League' und die BNP antritt.

Welche Auswirkungen würden Parlamentsneuwahlen auf die innenpolitische Entwicklung Bangladeshs haben?

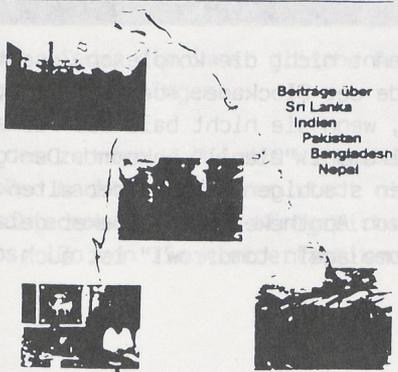
Die Wahlen wären ein Wendepunkt. Die 'Awami League' könnte der Gewinner sein. Als Regierungspartei wird



sie dann jedoch schnell viele Anhänger und Aktivisten enttäuschen. Die 'Jamaat Islami' würde nur wenige Stimmen erhalten, die Linke ginge gestärkt aus der Wahl hervor und wäre ein Sammelbecken für viele enttäuschte 'Awami League' Anhänger.

SÜDASIEN

3. Jahrgang Nr. 5-7/89



Das **Südasiens Büro**, das im deutsch-sprachigen Raum arbeitet, ist ein gemeinnütziger Verein, der seit 1980 besteht und seine Hauptaufgabe in der Beschaffung und Weiterleitung von Informationen über die Länder Südasiens sieht. Zu diesen Ländern zählen: **Sri Lanka**, Indien, Bangladesh, Pakistan und Nepal. Über das Büro können unter anderem bezogen werden:

- Die Zeitschrift 'Südasiens', die in 8 Nummern jährlich (Umfang 44-60 Seiten zum Jahresbezugspreis von DM 42,- (europ. Ausland: DM 52,-) erscheint. Probeheft anfordern!